



TOP 13

Kein Zurück zur Tagesordnung! Das Thema Antisemitismus läßt uns nicht los.

Bericht des Islambeauftragten der Landeskirche

in der Sitzung der 16. Landessynode am 16. März 2024

Die Beziehungen zu Musliminnen und Muslimen sind einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Projekte werden abgebrochen, Friedensgebete abgesagt, Antisemitismus ist in einem erschreckenden Ausmaß sichtbar geworden. An einem Ort ziehen sich die Juden zurück, an einem anderen sind es die Muslime, die eine Zusammenarbeit im Moment nicht fortsetzen können oder wollen. Denn auch die Zahlen islamfeindlicher Vorfälle in Deutschland sind enorm hoch. Beschmierungen von Moscheen, Bedrohungen, Schmähungen von Muslimen haben in diesen Monaten stark zugenommen. Der mörderische Anschlag von Hanau ist vier Jahre her. Für eine neue Zuspitzung sorgten Berichte über ein Potsdamer Treffen von Rechtsextremen mit medialen Folgen: Begriffe wie Remigration oder Deportation geben der Debatte eine Wendung, die unerträglich ist und noch vor kurzem undenkbar gewesen wäre. Die Gräben zwischen „Wir“ und „die Anderen“ werden tiefer und breiter, junge Menschen mit Migrationshintergrund (auch aus etablierten Familien) haben Existenzängste. Freilich ist auch festzuhalten: Wenn hierzulande tätliche Gewalt im Spiel ist, geht sie nicht von Juden aus, übrigens auch weniger von Rechtsextremen, sondern mehrheitlich von Menschen, die ihre Gewaltakte islamisch begründen oder verbrämen. Hier sind viele Faktoren im Spiel, instrumentalisiert wird die Lage jedoch sowohl von denen, die islamistischen Hass auf „den Westen“ und auch auf Juden verharmlosen, als auch von denen, die suggerieren, ohne die Migranten/Muslime gäbe es hier keinen Antisemitismus. Eine Abwehr- und Entlastungsdebatte ist inakzeptabel, antisemitische Stereotype sind bis in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet. Aber: Die Verschärfung der Lage durch islamisch imprägnierten Antisemitismus, der häufig als Israelkritik daherkommt, ist unübersehbar.

Die Reaktionen der islamischen Verbände auf die fürchterlichen Massaker der Hamas am 7./8. Oktober 2023 waren zaghaft und kamen teilweise unter dem Druck der Politik zustande. Zur eindeutigen Solidarität mit Israel konnte sich kein Verband durchringen.

Irritierend war die Diskrepanz zwischen den – relativ wenigen – Stellungnahmen und den Aktivitäten aus dem Umfeld derselben Verantwortlichen, die die Stellungnahmen abgaben, mit Postings und Likes von massiv antiisraelischen und antisemitischen Äußerungen.

Es ist ein Dilemma. Das Leid der Menschen ist nicht auf der einen Seite mehr und auf der anderen weniger „wert“ oder weniger schlimm. Jedes gewaltsame Sterben ist zu viel. Wir wollen nicht Opfer und Gewalt aufrechnen – und doch klarer sehen, wo Unrecht ist und was dem Frieden dienen könnte. Da braucht es größerer Klarheit über historische und aktuelle Fakten – und schon da kommen wir nicht überein, was denn *tatsächlich war*. Die Bewertungen der Situation in Nahost liegen so grundlegend weit auseinander, weil die Rolle Israels, historisch und aktuell, aus den in Jahrzehnten gewachsenen Überzeugungen („Narrativen“) quasi diametral entgegengesetzt beurteilt wird. Das beeinflusst die gesamte Wahrnehmung, wer wo steht, wem glaubt, welche Nachrichten für zuverlässig hält, die Täter und die Opfer „richtig“ zuordnet usw. Dem gegenseitigen Vertrauen ist dies nicht dienlich.

Hat man aus solchen Gründen über die Jahre betont, im Dialog „keine Politik“ zu machen, so ist dies seit dem 7. Oktober nicht mehr möglich. So kommt es dazu, dass sich Irritation und Fassungslosigkeit darüber, wie das Gegenüber argumentiert, fühlt, sich unverstanden fühlt, auf beiden Seiten breit machen.

Man kann noch nicht absehen, was sich zeigen wird, wenn die Emotionen hoffentlich wieder klare Gedanken zulassen. Wir wissen noch nicht, wie die Brücken über die jetzt aufgerissenen Gräben in Zukunft aussehen können. Die bisherigen Brücken sind schmal geworden, teilweise brüchig. Gerade deshalb ist es von zentraler Bedeutung, sorgsam und nicht vorschnell vorzugehen. Von hohem Wert und großer Bedeutung ist es, die Kontakte zu Muslimen so zu gestalten, dass wir offen miteinander reden können, was in den vergangenen Monaten auch geschehen ist. Ein intensiver Austausch in Mannheim im November und viele persönliche Gespräche boten die Möglichkeit, besser zu verstehen, welche Überlegungen, Erfahrungen, Beweggründe hinter verschiedenen Reaktionen und Argumenten stehen. Der Austausch über persönliche Betroffenheit und Sorgen ist wertvoll. Ermutigend der Besuch der bosnischen Delegation bei der hiesigen jüdischen Gemeinde, zweimal innerhalb eines halben Jahres. Wichtig die (einzelnen) Stimmen, die dafür einstehen: Wir können und werden unterschiedlicher Meinung bleiben, stehen aber zusammen und füreinander ein.

Daher ist die wichtigste Empfehlung: Dranbleiben! Abbrüche in den Beziehungen spielen ausschließlich Fundamentalisten und Radikalen in die Hände. Wenn wir als Kirche eine gesellschaftliche Aufgabe haben, dann hier: uns als Christinnen und Christen nicht zurückziehen ins vertraute, scheinbar unbedrohte Eigene, sondern eben jene Brücken in den Blick zu nehmen. Das ist nicht ein Nice-to-Have, sondern Einsicht in christlicher Verantwortung: Wer baut die Brücken, die notwendig sein werden, um sich aufeinander zu bewegen zu können?

Was kann man „fordern“ in einem Dialogverhältnis? Eine schwierige Frage. Was wir auf diesem Weg jedoch auf jeden Fall brauchen werden:

1) Klärung und Aufklärung. Es muss jetzt auch konkret gefragt werden: Was sind die vielen kirchlichen Positionierungen und gemeinsamen Stellungnahmen mit Muslimen wert, die regelmäßig eine klare Kante gegen Rassismus, Antisemitismus, Hass und Hetze gefordert haben? Was sind die Konsequenzen? Offenkundig haben wir keine Einigkeit und in der Praxis noch keine Klarheit: Was ist unter Antisemitismus zu verstehen, wo verlaufen Grenzen, wo sind rote Linien? Hier geht es (nicht nur, aber auch) um die Anerkennung und Bearbeitung der Geschichte islamischer Judenfeindschaft, die sich historisch mit dem importierten europäischen (deutschen!) rassistischen Antisemitismus, herausragend z. B. in der Person des Großmuftis Amin al-Husseini, amalgamiert hat. Wenn wir dieses Thema nicht langfristig bewusst angehen, werden die Gräben in einigen Jahren breiter und tiefer sein. Es geht dabei nicht um Schuldzuschreibungen, sondern um Klärungen, die m. E. unbedingt notwendig sind, um ernsthaft und glaubhaft, nicht nur verbal, auch mit Jüdinnen und Juden als Gesprächs- und Dialogpartner „an einem Tisch zu sitzen“.

2) In allen Bereichen und jeder Hinsicht: Bildung. Bei der Bearbeitung der Erinnerungskultur(en) mit Migrantengruppen im deutschen Kontext stehen wir noch ganz am Anfang. Wie wir uns im „Moral Triangle“ verorten (israelisch – palästinensisch – deutsch), muss eine orientierende Rolle spielen.

3) Dialogische Beziehungen. Dialog ist – neben Kennenlernen, Vertrauensbildung, Wachsen von Freundschaften und anderem – auch ein Fruchtbarwerden der verschiedenen Ansichten und Glaubensüberzeugungen für ein gesellschaftliches Miteinander. Dieses Miteinander braucht eine konstruktive (auch kritische) Auseinandersetzung mit dem, wie diese Gesellschaft geworden ist, mit ihren gewachsenen Selbstverständlichkeiten, ihren Werten, ihren Defiziten, damit die gemeinsame Grundlage nicht abstrakt bleibt. „Moderne Staatlichkeit verlangt politische Anerkennung des religiös-weltanschaulichen Eigensinns und religiöse Aneignung der säkularen Grundlagen einer liberaldemokratischen Verfassungsordnung.“ (Hans Michael Heinig; Hervorh. FE) Hier haben wir einen Weg vor uns.

Wenn wir die Probleme nicht gemeinsam angehen, wird die Situation in einigen Jahren eine viel schwierigere sein. Gemeinsam! Wir *wollen* zusammenkommen:

Wer, wenn nicht wir. Und wann, wenn nicht jetzt?

(Islambeauftragter der Landeskirche Dr. Friedmann Eißler)